

# Stoppt Privatisierung!

## – für die gesellschaftliche Aneignung von öffentlichen Dienstleistungen

**von Alexis Passadakis**

*Alexis J. Passadakis arbeitet mit in der bundesweiten Attac-AG Welthandel & WTO und zu den Schwerpunkten ‚Privatisierung‘ und ‚WTO‘. Dieser Text erschien in: Frank Bsirske et al. (2004) Perspektiven! Soziale Bewegungen und Gewerkschaften, Hamburg: VSA-Verlag. [Text im pdf-Format](#)*

Die gute Nachricht: Anti-Privatisierungskämpfe sind gewinnbar! Die schlechte: die Dynamik des Privatisierungswahns ist im wesentlichen ungebrochen. Diese widersprüchlichen Tendenzen strukturieren das Feld politischer Auseinandersetzungen um öffentliche Dienstleistungen, auf dem zahlreiche Bürgerinitiativen, Lokal-Gruppen von attac und Koalitionen unterschiedlichster – in vielen Fällen gewerkschaftlicher - Akteure aktiv sind. Dabei geht es um die Frage, ob zentrale Bereiche der gesellschaftlichen (Re) Produktion, die im Laufe der Geschichte von der öffentlichen Hand übernommen wurden, in dieser verbleiben oder in Privateigentum überführt werden; ob es möglich ist, soziale, demokratische und ökologische Ansprüche an jene Bereiche zu stellen, oder ob diese Ansprüche abgewehrt und durch ausschließliche Renditeorientierung ersetzt werden, und diese Dienstleistungen somit in die Umverteilungsmaschine von Arm zu Reich einbezogen werden.

Die politischen Kämpfe, in die Anti-Privatisierungs-Gruppen, in vielen Fällen als Teil breiter Bündnisse, verwickelt sind, reichen von Cross-Border-Leasing, über Privatisierungsbestrebungen bei Stadtwerken und kommunalen Krankenhäusern bis hin zum angestrebten Börsengang der Bahn. Sind Protest gegen Privatisierung zumeist lokal orientiert, so gibt es dennoch inzwischen deutschlandweite Netzwerke, die gegen die Privatisierung der Wasserversorgung aussprechen („Wasser in Bürgerhand“), den Börsengang der Deutschen Bahn zu verhindern versuchen und sich gegen die so genannte ‚Bolkestein-Richtlinie‘ der EU-Kommission zur Wehr setzen. Diese Richtlinie soll die Liberalisierung aller Dienstleistungssektoren innerhalb des Europäischen Binnenmarktes weiter vorantreiben und setzt damit öffentliche Dienstleistungen unter massiven Privatisierungsdruck.

## Erfolgreich gegen Privatisierung – doch wie weiter?

Bei allen Kampagnen gegen Privatisierung hat sich gezeigt, dass sobald eine gewisse Aufmerksamkeitsschwelle in der Öffentlichkeit erreicht ist und ein z.B. ein Bürgerbegehren durchgeführt wird, die Bevölkerung sich gegen eine Privatisierung ausspricht. Eindrucksvoll demonstrieren dies die Mobilisierungen gegen Cross-Border-Leasing und über zwei Dutzend erfolgreiche Bürgerbegehren gegen Wasserprivatisierungen in Deutschland. Zwar beherrscht weiterhin die neoliberale Ideologie, dass ‚Privatwirtschaft‘ immer besser, effizienter und schöner sei, die veröffentlichte Meinung – dominiert von Medien, Parteien und Unternehmen – dennoch ist diese Hegemonie fragil: ein Fall, dass eine Mehrheit der Bevölkerung sich für statt gegen Privatisierung ausspricht ist mir nicht bekannt. Erfolgreiche Anti-Privatisierung-Kampagnen sind also möglich und nötig.

Allerdings gibt es bei dem Verbleib öffentlicher Dienstleistungsunternehmen in konventioneller Form oder aber auch bei der Rückabwicklung von Privatisierungen einige unübersehbare Pferdefüße: diejenigen Strukturen, die einen Verkauf erst so einfach machen, bleiben unangetastet oder werden wieder eingeführt; d.h. die Kontrolle über die kommunalen Dienstleistungsunternehmen üben weiterhin die Verwaltungen und die Parteien in den Kommunalparlamenten aus, die im Zweifelsfall noch immer für eine Privatisierung gestimmt haben. Der Drang nach Machterhalt führt zu einer strukturellen

Nähe von Parteipolitikern zu Unternehmen, Verwaltungsbeamte sehen Aufstiegschancen in von Ihnen privatisierten Unternehmen und die enorme (finanziellen) Ressourcen über die die – z.T. transnationalen – Unternehmen sorgen dafür, dass Politiker und Beamte sich im Zuge von Privatisierungsprozessen schadlos halten. Korruption ist in diesem Sinne kein kriminalistisch nachzuweisendes Einzelphänomen im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches, sondern ein strukturelles Herrschaftsprinzip. Das Privatisierungsinteresse besteht folglich auch nach einem die Privatisierung ablehnenden Bürgerbegehren oder einer erfolgreichen Kampagne weiter. Zudem binden Bürgerbegehren die Kommune nicht dauerhaft und Privatisierung kann auch anstelle einer schlagartigen Vollprivatisierung verdeckt und Schritt für Schritt durch Out-sourcing, kleinere Teilverkäufe, Einstellung bestimmter (Teil-)Dienstleistungen etc. durchgeführt werden – alles Prozesse, gegen die eine öffentlichkeitswirksame Mobilisierung sehr viel schwieriger ist.

Nicht zuletzt besteht ein weiterer Pferdefuß darin, dass der generelle Privatisierungsdruck, den Unternehmen und Finanzmärkte ausüben weiter besteht. Die derzeit öffentlichen Unternehmensformen machen Privatisierungen einfach und der Drang nach Renditequellen ist hoch – gerade auch nach dem Ende der New Economy. Die riesigen Kapitalmengen, die institutionelle Anleger akkumuliert haben, benötigen Verwertungsmöglichkeiten. Hier bieten die Bereiche gesellschaftlicher (Re-)Produktion, die bisher einer unmittelbaren Kapitalverwertung nicht zugänglich waren, nämlich die öffentlichen Dienstleistungen, ein neues Aktionsfeld. Tatsächlich konzentriert sich ein großer Teil der gesellschaftlichen Nachfrage auf Bildung, Gesundheit, Wasser, soziale Sicherungssysteme etc. Hier möchten die Konzerne und ‚Investoren‘ Zugang haben und setzen dies lokal, national, auf europäischer Ebene (z.B. Bolkestein-Richtlinie) und global (z.B. GATS, Weltbank) durch. Während lokale Initiativen zwar Privatisierungen stoppen können, ist es viel schwieriger die Privatisierungsbestrebungen zu bekämpfen, die auf nationaler Ebene oder transnational organisiert werden. Unternehmen, Politiker und hohe Verwaltungsbeamte setzen die transnationale Ebene bewusst ein, da sie dort oftmals alleinige Akteure sind und nicht wie auf nationaler und lokaler Ebene auf Kompromisse mit z.B. Gewerkschaften angewiesen sind.

## **In unsere Hände!**

### **– öffentliche Unternehmen demokratisch aneignen**

Eine verhinderte Privatisierung schützt ein öffentliches Unternehmen, demnach nicht vor erneuten (Voll-)Privatisierungsversuchen, noch vor schleichender Privatisierung oder Kommerzialisierungstendenzen bei der (öffentlichen) Dienstleistungserbringung. Deshalb bedeutet die schlichte Tatsache, dass ein Dienstleistungsunternehmen ‚öffentlich‘ ist nicht, dass es auch nur annähernd demokratisch kontrolliert ist, gemeinwohlorientiert arbeitet, oder gleichberechtigte Zugangschancen zu den dort bereitgestellten Gütern für alle bietet. Die Antwort darauf lautet: In unsere Hände! – für eine demokratische Kontrolle öffentlicher Unternehmen! Beispiel Cochabamba/Bolivien: nachdem die Bevölkerung einen transnationalen Wasserkonzern der amerikanischen Bechtel Gruppe aus der Stadt vertrieben hatte, entschloss sie sich über Direktwahlen von Vorstandsmitgliedern des kommunalen Unternehmens und von Wasserkomitees auf Bezirksebene die unmittelbare demokratische Kontrolle zu übernehmen. Beispiel Porto Alegre: in der brasilianischen Stadt dient der Bürgerhaushalt dazu, dass Investitionsentscheidungen partizipativ getroffen werden. Demokratische Entscheidungsmechanismen schieben Privatisierungsbestrebungen einen Riegel vor. Solche Modelle in Deutschland zu diskutieren und durchzusetzen würde erstens dafür sorgen, das öffentliche Dienstleistungen nicht zur Ware werden und zweitens zeigen, dass eine andere Welt möglich ist.